

38. Steuerrechtliche Jahresarbeitstagung Wiesbaden, vom 04. bis 06. Mai 1987

Die Unternehmensbesteuerung aus der aktuellen Sicht des Gesetzgebers, der Verwaltung und der Rechtsprechung

Ministerialdirektor Dr. Adalbert Uelner, Bundesfinanzministerium, Bonn

- I. Aktuelle Anmerkungen zur Steuerreform und ihrer Bedeutung für die Unternehmensbesteuerung
- II. Zur sog. umgekehrten Maßgeblichkeit nach dem Bilanzrichtlinien-Gesetz
- III. Noch einmal:
Zur steuerrechtlichen Behandlung von Aufgeldern bei der Ausgabe von Optionsanleihen
- IV. Zur steuerrechtlichen Behandlung von Nutzungseinlagen
- V. Steuerrechtliche Probleme bei der Spaltung von Kapitalgesellschaften
- VI. Zur steuerrechtlichen Behandlung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung
- VII. Ausblick

Die amerikanische Steuerreform aus deutscher Sicht

Rechtsanwalt Wirtschaftsprüfer Steuerberater Dr. Anton Siebert, Düsseldorf

Einleitung

- I. Überblick über den Tax Reform Act 1986
 1. Zweck der Reform und Grundsätze der Umsetzung
 2. Überblick über die finanziellen Auswirkungen
 3. Änderung der Besteuerung von natürlichen Personen Steuersätze — Sonderausgabenpauschalen und persönliche Freibeträge — Inflationsanpassung — Zinsabzug und sonstige Abzüge — Investmentzinsen — Verluste aus passiver Tätigkeit, at-risk rules — Besteuerung von Veräußerungsgewinnen — Alternative Mindeststeuer
 4. Änderungen bei der Besteuerung von unternehmerischer Tätigkeit
Änderungen des Abschreibungssystems — Steueranrechnungen für Investitionen und andere Zwecke — Bewirtung und Repräsentation — Steuerfreie Schuldverschreibungen Rechnungslegungsvorschriften
 5. Änderung der Besteuerung von Kapitalgesellschaften Steuersätze — Dividendeneinnahmen — Veräußerungsgewinne, Alternative Mindeststeuer — Einschränkung steuerfreier Liquidationen — Auswirkungen von Anteilsveräußerungen auf Verlustvorträge und Anrechnungsguthaben — Abwehrkosten
 6. Änderung von Erklärungs- und Meldepflichten, Vorauszahlungen, Strafen
- II. Änderung der Besteuerung von Auslandsaktivitäten von USPersonen/Unternehmen
 1. Anrechnung ausländischer Steuern
Separate Körbe für bestimmte Einkunftsarten — Behandlung ausländischer Verluste — Berechnung der indirekten Steueranrechnungen — Quellenbestimmungen — Zuordnung von Aufwendungen zu ausländischen Erträgen
 2. Sonstige Änderungen
Währungsgewinne und -verluste und -umrechnungen — Übertragung von immateriellen Wirtschaftsgütern — Controlled Foreign Corporations — Passive foreign investment companies — Dual-resident Corporations — Besteuerung von US Expatriates
- III. Änderungen in der Besteuerung von ausländischen Personen/ Unternehmen
 1. Quellensteuer auf Betriebstättengewinne von Kapitalgesellschaften
 2. Quellensteuer bei Personengesellschaften
 3. Branch Level Interest Tax

4. Maßnahmen gegen Treaty-Shopping
 5. Begrenzung von Verrechnungspreisen
 6. Übertragung immaterieller Wirtschaftsgüter
 7. Quellensteuer auf US-Transportumsätze
- IV. Auswirkungen auf Investitionen von US-Unternehmen in der Bundesrepublik
Finanzierungsmaßnahmen — Kostenumlagen und Verrechnungspreise — Desinvestitionen
- V. Auswirkungen auf Investitionen von deutschen Personen/ Unternehmen in den USA
Publikumsgesellschaften — Familiengesellschaften — Portfolioinvestitionen —
Grundstücksinvestitionen

Schlussbemerkungen

Praxisrelevante Zweifelsfragen des Bilanzrichtlinien-Gesetzes Analyse der neuen Vorschriften am Beispiel der betrieblichen Altersversorgung und Konsequenzen für die Praxis.

Rechtsanwalt Peter Ahrend, Fachanwalt für Steuerrecht, Wiesbaden

Einführung

1. Ziele der Handelsbilanz und Konsequenzen für die betriebliche Altersversorgung
 - 1.1. Ziele der Handelsbilanz
 - 1.2. Konsequenzen für die betriebliche Altersversorgung
 - 1.2.1. Erfassung aller Gestaltungsformen
 - 1.2.2. Passivierungspflicht
 - 1.2.3. Periodenzugehörigkeit
 - 1.2.4. Rechengrundlagen
2. Ziele des Gesetzgebers bei der Transformation der 4. EG-Richtlinie
 - 2.1. Handlungsbedarf und -möglichkeit des Gesetzgebers
 - 2.2. Anpassungsgrundsätze beim Regierungsentwurf vom 26.8.1983
 - 2.3. Anpassungsgrundsätze beim Unterausschussentwurf vom 29.3.1985
3. Betriebliche Altersversorgung im neuen Bilanzrecht
 - 3.1. Geltungsbereich der neuen Vorschriften
 - 3.2. Erfassung der betrieblichen Altersversorgung
 - 3.2.1. Ausweis
 - 3.2.2. Bewertung
4. Beurteilung des neuen Bilanzrechts anhand der handelsrechtlichen Sollvorstellung
 - 4.1. Ausweis der Altersversorgungsverpflichtungen
 - 4.1.1. Erfassung der Gestaltungsformen
 - 4.1.1.1. Auslegung der gesetzlichen Begriffe
 - 4.1.1.2. Auswirkungen auf die Gestaltungsformen
 - 4.1.2. Passivierungspflicht oder -wahlrecht
 - 4.1.2.1. Gesetzliches Passivierungssystem
 - 4.1.2.2. Alt- oder Neuzusagen
 - 4.1.2.3. Passivierungspflicht in der Steuerbilanz
 - 4.2. Bewertung
 - 4.2.1. Periodenzugehörigkeit
 - 4.2.2. Rechengrundlagen
 - 4.2.3. Bilanzansatz
 - 4.2.3.1. Rückstellungen für unmittelbare Zusagen
 - 4.2.3.2. Rückstellungen für mittelbare Verpflichtungen
5. Praktische Konsequenzen aus der neuen Rechtslage
 - 5.1. Kurzfristige Probleme
 - 5.1.1. Neue handelsrechtliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
 - 5.1.2. Fehlbetragsangabe
 - 5.2. Mittel- und langfristige Probleme
 - 5.2.1. Aufwandskontrolle
 - 5.2.2. Ausgestaltung von Versorgungskonzeptionen

Resümee

1. Generalthema

Aktuelle Fragen aus der Betriebsprüfung

Referenten und Bearbeiter:

Regierungsdirektor Dr. Alfred Christiansen, Bundesamt für Finanzen, Bonn

Regierungsdirektor a.D. Wolfgang Grothe, Bonn

Wirtschaftsprüfer Steuerberater Manfred Günkel, Düsseldorf

Rechtsanwalt Dr. Günther Hallerbach, Fachanwalt für Steuerrecht, Duisburg

Dr. Horst-Dieter Höppner, Bonn Vizepräsident des Bundesamtes für Finanzen

Regierungsobererrat Klaus Paluch, Finanzamt Frankfurt a.M.- Börse

unter Berücksichtigung der Aussprache unter Leitung von
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Helmut Becker, Düsseldorf

- I. Einleitung (BECKER)
 - II. Referat „Verbindliche Auskünfte der Finanzbehörden“ (HÖPPNER)
 - III. Korreferat „Verbindliche Auskunft“ (GROTHE)
 - IV. Fallgestaltungen, Lösungshinweise und Aussprache
1. Bilanzsteuerfragen
 - 1.1. Rückstellungen für künftige Umweltschutzmaßnahmen (CHRISTIANSEN)
 - I. Sachverhalt
 - II. Lösungshinweise
 - III. Aussprache
 - 1.2. Arbeitgeberdarlehen zur Schaffung von Wohnungseigentum (PALUCH)
 - I. Sachverhalt
 - II. Lösungshinweise
 - III. Aussprache
 2. Verfahrensfragen
 - 2.1. Mitwirkungspflichten bei „Oasengesellschaften“ (HÖPPNER)
 - I. Sachverhalt
 - II. Lösungshinweise
 - III. Aussprache
 - 2.2. Verbindliche Auskunft nach einer Außenprüfung (GÜNKEL)
 - I. Sachverhalt
 - II. Lösungshinweise
 - III. Aussprache
 - 2.3. Internationaler Auskunftsverkehr (GROTHE)
 - I. Sachverhalt
 - II. Lösungshinweise
 - III. Aussprache
 3. Umsatzsteuer
 - 3.1. Doppelbelastung beim internationalen Anlagenbau (HALLERBACH)
 - I. Sachverhalt
 - II. Lösungshinweise
 - III. Aussprache
 - 3.2. Umsatzsteuerpflicht umsatzsteuerbefreiter Unternehmen (GÜNKEL)
 - I. Sachverhalt
 - II. Lösungshinweise
 - III. Aussprache

2. Generalthema Gesellschaftsrechtliche Unternehmenspraxis

Referenten und Bearbeiter:
Notar Dr. Hans Joachim Priester, Hamburg
Professor Dr. Karsten Schmidt, Hamburg

unter Berücksichtigung der Aussprache unter Leitung von
Dr. Alfred Kellermann, Karlsruhe, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

1. Auskunfts- und Rederecht in der Hauptversammlung
2. Zustimmungsverweigerung bei Übertragung vinkulierter Aktien und GmbH-Anteilen
3. Stiftung & Co. — Modell der Zukunft?
4. Vorauszahlungen auf künftige Kapitalerhöhung
5. Testamentsvollstreckung am Kommanditanteil
6. Aktivierung von Gewinnansprüchen im Konzern

3. Generalthema Unternehmensbewertung

Referenten und Bearbeiter:
Professor Dr. Peter Hommelhoff, Bielefeld
Wirtschaftsprüfer Dr. Herbert Klocke, Düsseldorf

unter Berücksichtigung der Aussprache unter Leitung von
Professor Dr. Bernhard Großfeld, Münster

sowie Mitwirkung von
Dr. Alfred Kellermann, Karlsruhe, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

- A) Grundfragen eines Rechts der Unternehmensbewertung
(Referent/Bearbeiter PROF. DR. PETER HOMMELHOFF)
- B) Anwendungsfälle der Unternehmensbewertung mit zivilrechtlicher Relevanz
(Referent/Bearbeiter Wirtschaftsprüfer DR. HERBERT KLOCKE)
 - I. Abfindung — außenstehender Aktionäre und/oder Ausgleichszahlung nach §§ 304/305 AktG
= zwingendes Recht
 1. Hinweis auf die verschiedenen Formen der Abfindung (Barabfindung, Umtausch in Aktien der anderen Gesellschaft als Abfindung bzw. bei der Verschmelzung) und der Ausgleichszahlung (feste und variable Ausgleichszahlung)
 2. Vermögens- und Ertragslage (nach dem Wortlaut des Gesetzes)
 3. Prognoseorientierte Ertragswertmethode (nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Unternehmensbewertung)
 - Analyse und Darstellung der Ertragsentwicklung (Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft)
 - Veränderte Voraussetzungen für die Ertragserwartungen
 - Kapitalisierung zum Ertragswert = Unternehmenswert (Zinssatz oder Multiplikator)
 - Bedeutung der (betriebsnotwendigen) Substanz
 - Neutrales (gesondert zu bewertendes) Vermögen
 4. Fälle mit Lösungshinweisen
Fall 1: Rheinstahl/Thyssen-Fall

- II. Ausscheiden — aus einer Personengesellschaft oder einer GmbH nach § 738 BGB, soweit im Gesellschaftsvertrag nichts anderes vereinbart ist
= nachgiebiges Recht
1. Begriff des „wahren Wertes“ nach § 738 BGB (unterstellte Fortführung des Unternehmens bei gleichzeitig unterstellter Auflösung der Gesellschaft)
 2. Abweichende Regelungen durch Abfindungsklauseln im Gesellschaftsvertrag
 - Schonung des fortzuführenden Unternehmens
 - Rechtssicherheit durch konfliktfreie Ermittlungstechnik
 - Kein Anteil am Firmenwert und an schwebenden Geschäften?
 - Gefahr der reinen Sachwertklauseln (Zusatz: höchstens aber der wahre Wert nach § 738 BGB)
 - Begrenzte Zulässigkeit der reinen Buchwertklausel
 3. Besondere Problematik der Bewertung von Klein- und Mittelbetrieben (Personenbezogenheit, Übertragbarkeit auf einen Erwerber, Vererbbarkeit)
 4. Fälle mit Lösungshinweisen
 - Fall 2: Konfliktfreie Ermittlungstechnik
 - Fall 3: Modifizierte Buchwertklausel
 - Fall 4: Steuerliche Begriffe in zivilrechtlichen Vereinbarungen
- III. Veräußerung von Unternehmen im Ganzen
1. Unterstützung der Kaufpreisfindung
 2. Die auf den Kaufpreis bezogenen Vereinbarungen im Unternehmenskaufvertrag
 3. Bestimmung der Leistung durch einen Dritten nach § 317 BGB (Schiedsgutachter)
 4. Fälle mit Lösungshinweisen Fälle 5-7
- IV. Kapitalbeschaffung (Erhöhung des Eigenkapitals)
1. Ermittlung des Kapitalbedarfs (für Expansion oder ein bestimmtes Vorhaben)
 2. Zwei Unternehmensbewertungen (vor und nach Kapitalerhöhung)
 3. Zurechnungsproblem der Synergieeffekte
 4. Fälle mit Lösungshinweisen
Fall 8
- V. Grundsatz der Gesamtbewertung
(anstelle des Grundsatzes der Einzelbewertung)
1. Vergleich der beiden Grundsätze
 2. Konflikt im steuerrechtlichen Teilwertbegriff § 10 BewG und § 6 EStG
 3. Die Bewertung von Unternehmen im ganzen oder Unternehmensanteilen als Bestandteil
 - eines Zugewinns § 1376 BGB
 - eines Pflichtteils § 2311 BGBAbschließender Hinweis: Bewertung eines Landguts § 2049 BGB
- C) Aussprache

4. Generalthema Unternehmensorganisation/Unternehmensverträge

Referenten und Bearbeiter:

Rechtsanwalt Professor Dr. Arndt Raupach, Fachanwalt für Steuerrecht, München
Wirtschaftsprüfer Steuerberater, Dipl.-Kfm. Dr. Elisabeth Strobl, München

unter Berücksichtigung der Aussprache unter Leitung von
Rechtsanwalt Professor Dr. Arndt Raupach, Fachanwalt für Steuerrecht, München

sowie Mitwirkung von

Dr. jur. Dr. rer. pol. h.c. Georg Döllerer, München, Vorsitzender Richter am BFH

Dr. Alfred Kellermann, Karlsruhe Vorsitzender Richter am BGH

Professor Dr. Karsten Schmidt, Hamburg

Ministerialrat Viktor Sarrazin, Bundesfinanzministerium Bonn

- I. Funktionale und divisionale (objektorientierte) Unternehmens- und Konzernorganisation
(RA PROF. DR. RAUPACH)
 1. Organisationsformen, gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Betriebsstätten-Probleme
 - Fall 1
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
 2. Verrechnungspreise und Konzernumlagen im Spartenkonzern
 - Fall 2
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
- II. Unternehmensorganisation und ertragsteuerliche Organschaft
(PROF. DR. RAUPACH)
 1. Gewinnabführungsverträge im Spartenkonzern
 - a) Kombiniertes Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag im GmbH-Konzern und organisatorische Eingliederung (§ 17 i.V.m. § 14 KStG)
 - Fall 3
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
 - b) Gewinnabführungsvertrag in inländischem GmbH-Konzern bei ausländischer Spartenleitung
 - Fall 4
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
 - c) Mehrfachfunktionen im Konzern und organisatorische Eingliederung
 - Fall 5
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
 2. Mehrmütterorganschaft
 - a) Probleme der gewerbesteuerlichen Verlustverrechnung
 - Fall 6
 - Lösungshinweise
 - b) Änderungen durch § 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG?
 - Fall 7
 - Lösungshinweise
 - Aussprache zu Fällen 6 und 7
- III. Gewinnpoolung
(DR. STROBL)
 1. Gewinnpoolung im inländischen Konzern
 - Fall 8
 - Lösungshinweise

2. Internationale Gewinnpoolung
 - Fall 9
 - Lösungshinweise
 - Aussprache zu Fällen 8 und 9
- IV. Beherrschungsverträge
(Dr. Strobl)
 1. Beherrschungsvertrag als Mittel der Spartenorganisation
 - a) Muttergesellschaft Ausland, Tochtergesellschaft Inland
 - Fall 10
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
 - b) Muttergesellschaft Inland (AG), Tochtergesellschaft Inland (GmbH)
 - Fall 11
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
 2. Behandlung von Ausgleichszahlungen gemäß § 304 Abs. 1 Satz 2 AktG über die Grenze
 - Fall 12
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
 3. Behandlung der Verlustübernahme gemäß § 302 AktG über die Grenze
 - Fall 13
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
- V. Betriebsführungsverträge
(DR. STROBL)
 1. Inländische konzerninterne Betriebsführungsverträge
 - a) Echte Betriebsführung
 - Fall 14
 - Lösungshinweise
 - b) Unechte Betriebsführung
 - Fall 15
 - Lösungshinweise
 - Aussprache zu Fällen 14 und 15
 2. Betriebsführungsverträge über die Grenze bei Spartenorganisation
 - Fall 16
 - Lösungshinweise
 - Aussprache

5. Generalthema

Finanzierung der Personengesellschaft durch die Gesellschafter oder nahe stehende Personen

Referent und Bearbeiter:

Rechtsanwalt Dr. Uwe Clausen, Fachanwalt für Steuerrecht, München

unter Berücksichtigung der Aussprache unter Leitung von
Dr. Arno Bordewin, Richter am Bundesfinanzhof, München

sowie Mitwirkung von

Professor Dr. Brigitte Knobbe-Keuk, Bonn

Ministerialdirektor Dr. Adalbert Uelner, Bonn

- I. Finanzierung über Einlagen
 1. Von immateriellen Wirtschaftsgütern
 - Fall 1
 - Lösungshinweise

2. Von Nutzungen
Fall 2
Lösungshinweise
Aussprache zu Fällen 1 und 2
3. Im Wege der Aufrechnung mit Gesellschafterforderungen
Fall 3
Lösungshinweise
Aussprache
- II. Finanzierung über Darlehen
 1. der Gesellschafter
Fall 4
Lösungshinweise
Aussprache
 2. Nahe stehende Personen
Fall 5
Lösungshinweise
Aussprache
- III. Finanzierung über Bürgschaften
Fall 6
Lösungshinweise
Aussprache
- IV. Finanzierung über Forderungen
 1. Durch Rangrücktritt
Fall 7
Lösungshinweise
Aussprache
 2. Durch Stundung
Fall 8
 3. Durch Forderungsverzicht
Fall 9
Aussprache
Fall 10
Aussprache
 4. Im Wege der übertragenden Sanierung
Fall 11
Aussprache

6. Generalthema Mitunternehmerschaft

Referenten und Bearbeiter:
Professor Dr. Georg Crezelius, Bamberg
Wirtschaftsprüfer Steuerberater Bruno Gassner, Stuttgart

unter Berücksichtigung der Aussprache unter Leitung von
Dr. Lothar Woerner, Vorsitzender Richter am BFH, München

sowie Mitwirkung von
Dr. Arno Bordewin, Richter am BFH, München
Professor Dr. Brigitte Knobbe-Keuk, Bonn
Ministerialdirektor Dr. Adalbert Uelner, Bonn

- I. Faktische oder verdeckte Mitunternehmerschaft (PROF. DR. CREZELIUS)
Fall
Lösungshinweise
Aussprache

- II. Konkludente Gesellschaftsverhältnisse (PROF. DR. CREZELIUS)
 - Fall
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
- III. Atypisch stille Gesellschaft - Abgrenzung zur typischen stillen Beteiligung (GASSNER)
 - Fall
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
- IV. Aktualitäten der Betriebsaufspaltung (PROF. DR. CREZELIUS)
 - Fall
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
- V. Gewerbesteuerlicher Verlustvortrag bei Gesellschafterwechsel (GASSNER)
 - Fall
 - Lösungshinweise
 - Aussprache

7. Generalthema

Der Konzern

Seine Besteuerung im Umfeld der Bilanz, Konzernbilanz und des Konzernrechts

Referenten und Bearbeiter:

Wirtschaftsprüfer Steuerberater, Dipl.-Volkswirt Günter Geissen, München

Rechtsanwalt Wirtschaftsprüfer Steuerberater Dr. Wilhelm Haarmann, München

unter Berücksichtigung der Aussprache unter Leitung von

Dr. jur. Dr. rer. pol. h.c. Georg Döllerer, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof, München

sowie Mitwirkung von

Rechtsanwalt Dr. Klaus Esser, Düsseldorf

Professor Dr. Peter Hommelhoff, Bielefeld

Ministerialdirektor Dr. Adalbert Uelner, Bonn

- I. Voraussetzungen für Konzernrechnungslegung und Einbeziehung (GEISSEN)
 - Fall 1: Y-, X- und G-GmbH
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
 - Fall 2: GmbH & Co. KG als Konzernspitze
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
 - Fall 3: Einbeziehung der U-GmbH
 - Lösungshinweise
 - Aussprache
- II. Verrechnungspreise im Konzern (HAARMANN)
 - Fall 1
 - Lösungshinweise • Aussprache
 - Fall 2
 - Lösungshinweise • Aussprache
- III. Realisierungstatbestände (GEISSEN)
 - Fall 1: Übertragung stiller Reserven
 - Lösungshinweise • Aussprache
 - Fall 2: Selbstgeschaffene immaterielle Vermögensgegenstände
 - Lösungshinweise • Aussprache

- IV. Finanzierung im Konzern (HAARMANN)
 - Fall 1: Ausgliederung von konzerninternen Finanzierungsgesellschaften
Lösungshinweise • Aussprache
 - Fall 2: Hybride Finanzierung im Konzern — Optionsanleihe —
Lösungshinweise • Aussprache
 - 1. Fallabwandlung — Wandelanleihe
Lösungshinweise • Aussprache
 - 2. Fallabwandlung — Genussrechte
Lösungshinweise - Aussprache
- V. Nutzungsüberlassung im Konzern (HAARMANN)
 - Fall 1: Besteuerung der entgeltlichen und unentgeltlichen Nutzungsüberlassung im Konzern
Lösungshinweise • Aussprache
 - Fall 2: Vorteile und Probleme grenzüberschreitender Nutzungsüberlassung im Konzern bei Vermietung ins Ausland
Lösungshinweise
 - Fall 3: Vorteile und Probleme grenzüberschreitender Nutzungsüberlassung im Konzern bei Vermietung ins Inland
Lösungshinweise • Aussprache
 - Fall 4: Hilfsgesellschaften im Konzernsteuerrecht
Lösungshinweise • Aussprache
- VI. Konzernentflechtung (HAARMANN)
 - Fall
Lösungshinweise • Aussprache